

Jahresmedienkonferenz 2017

Donnerstag, 26. Januar 2017

Es gilt das gesprochene Wort

Freiräume sichern und Chancen nutzen

Digitale Wirtschaft braucht Bewegungsfreiheit für Innovationen und neue Geschäftsmodelle

Heinz Karrer, Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Die aktuelle politische Lage in den USA, aber auch in vielen Ländern Europas wirft einen Schatten der Unsicherheit auf das Wachstum der Weltwirtschaft. Auch der Standort Schweiz steht vor grossen Herausforderungen – aufgrund politischer Entwicklungen, aber auch aufgrund währungsbedingter Nachteile. Ihre schwierige Ausgangslage haben die Schweizer Unternehmen im vergangenen Jahr dank Kostensenkungen und einer Steigerung der Produktivität weiter verbessert. Wir erwarten deshalb für 2017 ein BIP-Wachstum von 1,7 Prozent. Die Beschäftigung wird allerdings weniger rasch zunehmen, und so dürfte auch die Zuwanderung erneut eher tief ausfallen.

Innen- wie aussenpolitisch stehen wir in unserem Land vor entscheidenden Weichenstellungen: Über die unmittelbar bevorstehende Volksabstimmung zur Unternehmenssteuerreform III wurde schon viel gesagt und geschrieben. Wir möchten heute keine weitere Rundumbetrachtung dieser zweifellos komplexen Vorlage vornehmen, sondern zwei grundlegende Aspekte in den Vordergrund rücken, die im Zahlenschwungel der letzten Wochen medial etwas untergegangen sind. In der Tour d'Horizon wird Monika Rühl auf weitere konkrete Vorlagen mit Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Schweiz hinweisen, um die erwähnten Herausforderungen zu konkretisieren.

Mittelfristig droht ein weiteres Risiko – nämlich der Versuch von Politik und Verwaltung, dem technologischen Wandel voreilig mit umfangreicher Regulierung begegnen zu wollen.

«Die Welt ist komplizierter und schneller geworden – der Wandel gibt grad Gas», sagte kürzlich der Philosoph Ludwig Hasler in einem Interview. Das liege an der Digitalisierung, an der vierten Zündstufe der Industrialisierung. Dann stellte er eine zentrale Frage – nicht nur für Philosophen, sondern für uns alle: «Sind wir Piloten des Wandels – oder nur Passagiere?» Klar ist, dass sich mit dem rasanten technologischen Fortschritt auch Wirtschaft und Gesellschaft tief greifend verändern werden: Produkte und Dienstleistungen, aber auch Geschäftsmodelle und Jobprofile ändern sich. Das wird sich unweigerlich auf das Verhalten von Unternehmen, Arbeitnehmenden und Konsumenten auswirken.

Die digitale Transformation betrifft alle und alles. Ob wir sie als gut oder schlecht erachten, ist nicht entscheidend – sie wird stattfinden. Schon in früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten waren wir einem konstanten Strukturwandel ausgesetzt. Dabei erwies sich als grosse Stärke unserer Volkswirtschaft, dass sie sich stets erfolgreich an die Veränderungen anpassen konnte.

Auch dieses Mal wird der Fortschritt viele Chancen bringen, aber selbstverständlich auch Fragen aufwerfen. Wo neue Entwicklungen als Problem oder gar als Bedrohung empfunden werden, erfolgt meist reflexartig der Ruf nach Regulierung durch den Staat. Doch bei einer so hochdynamischen Entwicklung wie der digitalen Transformation ist besondere Vorsicht geboten. Erfreulich ist zunächst, dass sich der Bundesrat in seiner Strategie «Digitale Schweiz» weitgehend dem Prinzip der freien Entfaltung der Wirtschaft verpflichtet. Auf der anderen Seite verfolgen zahlreiche politische Vorstösse zum Thema Digitalisierung einen interventionistischen Kurs: Sie fordern in unserem Land mehr staatliche Eingriffe in den freien Markt. Auch in der Europäischen Union sind zahlreiche Regulierungsbestrebungen in Bezug auf die digitale Wirtschaft im Gang. Der Ruf nach mehr Staat im Bereich Digitalisierung muss unbedingt kritisch hinterfragt werden: hinsichtlich Notwendigkeit, Zielsetzung und Eignung. Denn solche Eingriffe bergen das Risiko, gelegentlich weit übers Ziel hinauszuschiessen und unerwünschte Nebenwirkungen zu zeigen. Grundsätzlich sind staatliche Eingriffe in die Wirtschaft nur dann gerechtfertigt, wenn sie die geeignetste Form staatlichen Handelns und vor allem verhältnismässig sind. Dieser Grundsatz galt schon in der analogen Wirtschaft und gilt erst recht in der digitalen Wirtschaft. Die Politik hilft Wirtschaft und Gesellschaft nicht, wenn sie unser Land durch protektionistische, wettbewerbsfeindliche oder innovationshemmende Regulierung abschottet.

Die Schweiz gehört heute zu den wettbewerbsfähigsten Ländern der Welt. Ihr Erfolg beruht auf grundlegenden Erfolgsfaktoren, die wir nicht leichtsinnig durch voreilige regulatorische Eingriffe aufs Spiel setzen dürfen. Diese Erfolgsfaktoren bilden die DNA der Schweiz. In unserem heute publizierten Dossierpolitik «*Wirtschaftliche Erfolgsfaktoren für die Zukunft*» zeigen wir auf, warum diese grundlegenden wirtschaftspolitischen Erfolgsgaranten auch für das Zeitalter der Digitalisierung den richtigen Orientierungsrahmen bilden. Auf der Basis der neun wirtschaftspolitischen Erfolgsfaktoren haben wir Leitlinien für den politischen Umgang mit dem digitalen Wandel formuliert:

- **Innovation ist der Schlüssel zum Erfolg.** Eine erfolgreiche Innovationspolitik schafft unternehmerische Freiräume, sorgt für einen guten Bildungs- und Forschungsplatz und fördert die internationale Vernetzung.
- **Die Digitalisierung bietet Chancen.** Diese gilt es zu erkennen. Eine positive und optimistische Herangehensweise auf allen Stufen vermeidet Veränderungsängste, die für politische Eigeninteressen missbraucht werden können.
- **Die digitale Transformation bedeutet Fortschritt.** Ihre Merkmale sind unter anderen ein hohes Tempo und ihre globale und branchenübergreifende Reichweite. Sie lässt sich nicht politisch steuern. Protektionistische oder industriepolitische Massnahmen sind entsprechend abzulehnen.
- **Die Wirtschaft braucht Raum zur Entfaltung von Innovationen.** Positive Dynamiken dürfen nicht durch starre und vorseilende staatliche Vorgaben eingeschränkt werden. Staatliche Regulierungen im Einzelfall hinken immer den aktuellen Entwicklungen hinterher. Im Zeitalter der Digitalisierung ist das Vorsorgeprinzip wenig geeignet.
- **Die Digitalisierung erfordert eine gesamtwirtschaftliche Perspektive.** Übertriebene Detailregulierungen entlang traditioneller Branchenstrukturen sind kontraproduktiv. Auch Partikularinteressen und der Wunsch nach Strukturhaltung dürfen nicht Anlass für Regulierung sein oder dem Abbau von Regulierung im Weg stehen.

- **Die Globalisierung über das Internet beeinflusst Wirtschaft und Gesellschaft.** Kooperationen über Landesgrenzen hinaus werden zunehmen. Deshalb werden internationale Standards, international koordiniertes Handeln und Selbstregulierung wichtiger. Hingegen nehmen die Einflussmöglichkeiten des primär national agierenden Regulators ab.
- **Die digitale Transformation braucht effiziente Infrastrukturen.** Leistungsfähige, sichere und flächendeckend verfügbare Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen sind die Basis für die digitale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Sie bilden einen wichtigen Standortfaktor in einer datengetriebenen Welt.
- **Die Digitalisierung setzt Anpassungsfähigkeit und Kompetenzen voraus.** Das Schweizer Bildungssystem ist zwar gut, aber es weist gerade im Hinblick auf die stark technologisch geprägten Umwälzungen Schwachstellen aus. So bilden wir in den Bereichen Mathematik, Ingenieur- und Naturwissenschaften sowie Technik wenige Fachkräfte aus. Zudem steigen die Anforderungen an die Arbeitskräfte stetig. Darum ist es unabdingbar, dass die Menschen in der Lage sind, sich ständig weiterzubilden.
- **Daten sind Treiber und Rohstoff der digitalen Wirtschaft.** Neue Regulierungen dürfen nicht der Entwicklung und Nutzung von digitalen Produkten, zukunftsfähigen Geschäftsmodellen oder effizienzsteigernden industriellen Anwendungen im Wege stehen. Weil Datenströme in einer globalisierten Wirtschaft über die Grenzen von Ländern und Kontinenten hinwegfliessen, muss der Schweizer Rechtsrahmen mit den Regulierungen der wichtigsten Handelspartner kompatibel sein.

Diese Leitlinien können der Politik als Orientierungsrahmen für den Umgang mit der digitalen Transformation dienen. Sie lassen sich anhand weniger konkreter und aktueller Beispiele veranschaulichen:

- **Netzsperrern:** Im Zusammenhang mit der Revision des Spielbankengesetzes liebäugelt die Politik mit Internetsperren oder Netzsperrern. Damit will sie den Zugang von der Schweiz aus zu Onlinespielen im Ausland blockieren. Netzsperrern sind jedoch unverhältnismässige Eingriffe und für den Wirtschaftsstandort Schweiz besonders schädlich. Denn die Wirtschaft ist auf einen offenen, sicheren und stabilen Zugang zum Internet angewiesen. Nur so können die Unternehmen webbasierte Dienstleistungen oder Angebote anbieten oder unternehmensinterne Prozesse effizient durchführen. Die international vernetzte Schweiz profitiert erheblich davon, dass Unternehmen aus der Schweiz heraus agieren und ihre Kunden auf der ganzen Welt über das Internet bedienen können. Der vermeintliche Schutz der einheimischen Geldspielbranche durch Netzsperrern würde ein gefährliches Präjudiz schaffen: Jede Branche, die sich von Angeboten aus dem Ausland bedroht sieht, könnte ebenfalls entsprechende Netzsperrern verlangen. Dies hat auch das Parlament erkannt. Die Rechtskommission des Nationalrats hat Netzsperrern jüngst eine Absage erteilt. Wir hoffen, dass auch das Plenum diesem Entscheid folgen wird.
- **Zentralisierung:** Gemäss Schätzungen von Tourismusexperten wurden allein im Jahr 2015 etwa 1,35 Millionen Logiernächte in der Schweiz über die Vermittlungsplattform Airbnb gebucht. Das fordert die klassische Hotellerie heraus. Denn sie muss im Gegensatz zu Privat Anbietern zahlreiche staatliche Auflagen erfüllen – zum Beispiel Brandschutz- oder Hygienevorschriften einhalten. Zudem liefern die Hotels die Kurtaxen systematisch ab, was bei Airbnb-Anbietern nicht gewährleistet ist. Ein Vorstoss im Parlament fordert nun eine zentralisierte Bundeslösung. Hier droht eine überhastete flächendeckende Überregulierung. Die Kurtaxe wird von den Kantonen und Gemeinden unterschiedlich gehandhabt. Grundsätzlich haben die Kantone und Gemeinden die Möglichkeit, sich auf Vermittlungsplattformen über die Angebote von Privaten zu informieren. Die Transparenz ist gewährleistet und es besteht deshalb kein Grund für eine Zentralisierung.
- **Spezialvorschriften:** App-basierte Fahrdienste bzw. deren Vermittlung sind dank preiswertem und benutzerfreundlichem Service mittlerweile weltweit beliebt. Sie führen jedoch auch zu Kon-

flikten mit dem Taxigewerbe. Dieses ist heute stark reguliert: Wer berufsmässig Personen transportiert, braucht eine entsprechende Bewilligung, muss beispielsweise eine Ortskundeprüfung ablegen und einen Fahrtenschreiber installieren. Zudem sind die Arbeitszeiten in einer speziellen Verordnung geregelt. Die umfangreichen Vorschriften für das Taxigewerbe sind überholt, sie stammen aus einer Zeit vor Navigationssystemen und Informationstechnologien. Der technologische Fortschritt hat die Informationsasymmetrien zwischen Fahrer und Fahrgast massiv reduziert. Vorschriften, die ursprünglich zum Schutz des Konsumenten eingeführt wurden, sind durch GPS, digitale Vernetzung von Fahrer und Gast und transparente Bewertungssysteme obsolet geworden. In einem transparenten Markt kann es sich kein Anbieter mehr erlauben, mit einem schmutzigen Auto einen teuren Umweg zu fahren. Vor diesem Hintergrund ist es erfreulich, dass Bundesrat und Parlament der Motion von Philippe Nantermod zugestimmt haben. Sie fordert eine Anpassung der Bundesgesetzgebung an die neuen Verhältnisse: Statt die neuen Fahrdienste der veralteten Regulierung des Taxigewerbes zu unterstellen, sollen alle Fahrdienste dem Strassenverkehrsgesetz, dem Arbeitsgesetz und dem Obligationenrecht unterstellt werden. Das bedeutet eine sanfte und sinnvolle Deregulierung.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Die digitale Transformation ist eine Chance für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Die bewährten Erfolgsfaktoren unserer Wirtschaftspolitik bleiben auch im digitalen Zeitalter die gleichen. Damit die Wirtschaft das Potenzial des digitalen Wandels ausschöpfen kann, braucht es vor allem eines: unternehmerischen Freiraum. Bei allen Eingriffen des Staates in den Markt aufgrund des digitalen Wandels ist Vorsicht und Umsicht geboten. Für vorschnelle neue Regulierung besteht kein Anlass, denn die bestehende Gesetzgebung taugt bei richtiger Anwendung durchaus auch in der digitalen Welt. Eine angemessene Zurückhaltung des Regulators sichert also die Beweglichkeit der Wettbewerber. Und die ist nötig, um den digitalen Wandel erfolgreich bewältigen zu können.